

**18. Februar 1972: Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU  
Über einige Maßnahmen zur Mitwirkung bei der Ratifizierung der Verträge der UdSSR und  
der Volksrepublik Polen mit der BRD\***

Der Entwurf der Weisungen an den sowjetischen Botschafter in Berlin ist zu bestätigen (Anlage).

[Anlage]\*\*

Geheim

An den sowjetischen Botschafter  
Berlin

Suchen Sie Gen. Honecker auf und teilen Sie ihm mit, dass man sich in Moskau über die Frage einer Mitwirkung bei der Ratifizierung der Verträge der BRD mit der UdSSR und mit Polen beraten möchte.

Den deutschen Freunden ist bekannt, dass die um die CDU/CSU angesiedelten Kreise in letzter Zeit den Kampf gegen die Moskauer und Warschauer Verträge intensivieren. Unter diesen Bedingungen wäre es vermutlich nützlich, einige zusätzliche Schritte bezüglich unserer gemeinsamen Linie zu setzen, um dadurch der westdeutschen Bevölkerung die Vorteile vor Augen zu führen, die in diesen Verträgen, im Viermächteabkommen über Westberlin und in den Abkommen der DDR mit der BRD und dem Westberliner Senat liegen.

Diesem Ziel würde unserer Meinung nach etwa die Einführung eines temporären (für die Zeit der Oster- und Pfingstfeiertage), vereinfachten Kontrollverfahrens für Personen und Waren im Transit zwischen Westberlin und der BRD dienen. Dabei könnte die Kontrollprozedur jener ähneln, die gemäß dem Transitabkommen zwischen der DDR und der BRD vorgesehen ist. Diese einmalige Aktion würde unserer prinzipiellen Position, der zufolge die Regelung bezüglich Westberlins zeitgleich mit der Ratifizierung der Moskauer und Warschauer Verträge in Kraft treten soll, sicherlich keinerlei Schaden zufügen.

Eine solche Geste von Seite der DDR würde – gemeinsam mit der Besuchserlaubnis für Westberliner in der DDR zu den genannten Feiertagen, was im Vorfeld mit den deutschen Freunden vereinbart wurde – zweifellos zu einer Neutralisierung der Aktivitäten der Vertragsgegner und zur Schaffung einer günstigeren politischen Atmosphäre für die Vertragsratifizierungen beitragen. Es ist klar, dass es sich dabei ausschließlich um eine Geste des guten Willens von Seite der DDR und um nichts anderes handeln kann. Doch würde ein solcher Schritt angesichts der aktuell in der BRD herrschenden Lage eine positive Bedeutung haben und uns zum allgemeinen Vorteil gereichen.

Die Umsetzung ist telegraphisch zu bestätigen.

---

\* RGANI, F. 3, op. 72, d. 493, S. 61, 67. – Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU vom 15.-29. Februar 1972. Punkt 16.

\*\* Ebd., S. 161. – Zu Punkt 16 des Prot. Nr. 34.